



Protokollauszug zum AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT, KULTUR UND VERWALTUNG

am Dienstag, 28.02.2012, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Jahresbericht Städtisches Museum Ludwigsburg
2011

Vorl.Nr. 060/12

Beratungsverlauf:

Die Vorl.Nr. 060/12 erläuternd, geht Frau Dr. **Hollwedel** (FB Kunst und Kultur) auf die Ausstellungen, Veranstaltungen, Museumsaufgaben und Leistungen, Fördergelder und Gelderspenden Rahmenprogramme und Museumskonzeption ein. Weiter gibt sie die wichtigen Veränderungen und den Ausblick für 2013 bekannt.

In der anschließenden Aussprache spricht Stadträtin **Kopf** ihren Dank für die Erklärungen und Ausführungen von Frau Dr. Hollwedel aus. Sie selber begleite das Museum sehr intensiv und es sei auf einem guten Weg. Der laufende Betrieb werde stark vom Freundeskreis und Förderverein getragen und unterstützt. Der Treff im Museum sei die Erfolgsgeschichte und der Motor des Museums, ebenso die Themenbereich. Die Themenbereiche, dies wolle sie hervorheben, werden ehrenamtlich begleitet. Der neue Namen „MIK“ sei für ihre Fraktion sperrig, schwer und ungewohnt. Hier schlage sie vor, dass über den Namen nochmals nachgedacht werde. Abschließend merkt Stadträtin Kopf an, dass die CDU-Fraktion mit der Konzeption und dem Jahresbericht zufrieden seien.

Stadträtin **Schittenhelm** schließt sich ihrer Vorrednerin an. Es werde ein sehr abwechslungsreiches und breites Programm angeboten. Die Ausstellungen hätten ein unterschiedliches Publikum angesprochen und dies habe wiederum gezeigt, was für Schätze Ludwigsburg habe. Hervorheben möchte man das Rahmenprogramm bei den Beziehungskisten mit Einbindung der Partnerschaftsvereine. Festgestellt habe man, dass die Führungen sehr gut besucht wurden und das Ehrenamt spiele hierbei eine wichtige Rolle. Die SPD-Fraktion unterstütze das Mitmachprogramm für Kinder. Kein Gefallen fände man an dem neuen Namen „MIK“. Dieser spreche sich nicht gut aus, sei nicht gefällig und nicht verständlich. Die SPD-Fraktion vertritt die Meinung, dass der Begriff von der Bürgerschaft nicht angenommen werde. Stadträtin Schittenhelm regt an, die Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern abzufragen.

Stadtrat **Weiss** merkt an, er könne sich den Namen „MIK“ durchaus vorstellen. Das Engagement zeige, dass die Vernetzung sehr gut sei und beim Bürger ankomme und aufgenommen werde. Eine deutliche Verbesserung sehe man bei dem ehrenamtlichen Engagement, Ausbau des Freundeskreises und den Kooperationen.

Stadträtin **Haberzeth-Grau** spricht im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, ihr Lob für die gute Arbeit aus. Trotz des hohen Zeitaufwandes, den ein Neubau und ein Umzug mit sich bringen, habe das Engagement nicht nachgelassen. Das Programm sei sehr interessant und abwechslungsreich. Ihre Fraktion könne sich an den Namen „MiK“ gewöhne.

Stadtrat **Dr. Heer** erklärt, an den Name „MIK“ müsse man sich erstmal gewöhnen. Dem städtischen Museum sei es gelungen, die Kontakte nach außen auszubauen. Gestützt auf die Freunde des Museums und auf ehrenamtliche Mitarbeit, habe das Museum ein attraktives Veranstaltungsprogramm und ein stabiles Besucherinteresse. Trotz enger und reduzierter Stellenausstattung, hat es seinen Stellenwert behauptet. Neu nachdenken solle man seiner Meinung nach der Eröffnung über die Stellenausstattung des Museums. Es sei lobenswert und vorbildlich, wenn Ehrenamtliche sich engagierten, aber es sollte nicht die Regel werden. Die guten Kontakte sollten durch das Museum gestärkt werden, indem man das Engagement privater Sammler in das öffentliche Kunstgeschehen mit einbeziehe.

OBM **Spec** erklärt, Themen wie Personalausstattung werde man mit Blick auf die Haushaltsplanberatung diskutieren. Zusammenfassend merkt OBM Spec an, dass das Engagement wahrgenommen und gut geheißen werde. Bezüglich der Namensfindung verweist er auf den Vororttermin am 01.03.2012.

Frau **Richert** (FB Kunst und Kultur) weist das Gremium nochmals auf die Informationsveranstaltung am 01.03.2012 hin. Schwerpunktmäßig solle ein Einblick in den derzeitigen Stand der Museumskonzeption und Gestaltung erfolgen. Im Vorfeld werde man eine kleine Führung durch den Bau machen und anschließend werde man die neuen Inhalte vorstellen. Bei der Gelegenheit könne man das Thema mit dem Namen diskutieren.

TOP 2

Anmietung und Wartung von digitalen Druck- und Kopiersystemen für die Hausdruckerei

Vorl.Nr. 051/12

Beschluss:

1. Die Fa. Ricoh Deutschland GmbH, Kesselstraße 19, 70327 Stuttgart wird gemäß Ihrem Angebot vom 13.01.2012 mit der Lieferung eines schwarz-weiß Druck- und Kopiersystems (Pro 1107 Ex) und eines Farbdruck- und Kopiersystems (Pro C 651 Ex) sowie mit der Wartung der Systeme für eine Laufzeit von 48 Monaten beauftragt.

Die monatliche Miete und Wartung beträgt:

1.611,50 Euro incl. MwSt. / Schwarz-weiß Druck- und Kopiersystem

1.659,69 Euro incl. MwSt. / Farbdruck- und Kopiersystem

2. Der Fachbereich Organisation und Personal wird ermächtigt, den Auftrag zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Dr. Schwytz

Beratungsverlauf:

Auf Sachvortrag wird seitens des Gremiums verzichtet. Sodann eröffnet OBM **Spec** die Aussprache.

Auf Nachfrage von Stadtrat **Weiss**, ob und wieweit die Restoption abgestimmt sei, erklärt Herr **Nitzsche** (FB Organisation und Personal), dass die Kaufoption für den Restwert immer bestehe, allerdings könne dies im Vorfeld nicht festgelegt werden. Nach dem Ablauf von 48 Monaten werde der Restwert geschätzt. Die Verwaltung werde die Druck- und Kopiersysteme zurückgeben und rechtzeitig neu ausschreiben, um wieder ein neues aktuelles System anzuschaffen.

Stadtrat Dr. **Vierling** fragt nach, wie die Druckarbeiten bei Fremdvergabe im Unterschied zur Eigenerstellung stünden und ob es zutreffen würde, dass manche Fachbereiche Druckarbeiten im Copy Shop erledigen lassen würden.

Stadtrat **Hillenbrand** erklärt einleitend seine Ausführungen zu Protokoll: „Wir sind nicht grundsätzlich gegen den Vorschlag der Verwaltung. Aber einige Fragen sind doch noch zu beantworten. Wie hoch sind die derzeitigen Kosten? Gab es Überlegungen zu kaufen? Welche Kosten würden bei Kauf der Systeme anfallen? Ist vertraglich geregelt, dass in der Laufzeit ein Wechsel auf höherwertige Geräte möglich ist? z.B. wenn Schadstoffausstoß oder Energieverbrauch geringer ist. Wie hoch ist die Belastung der Luft mit Schadstoffen. Ist der Ausstoß an Schadstoffen höher oder geringer? Das ist zur Beurteilung wichtig, da in der Hausdruckerei die Arbeitsstättenverordnung nicht eingehalten ist. Im § 7 Ziffer 1 „Beleuchtung“ der Arbeitsstättenverordnung heißt es: Arbeits-, Pausen-, Bereitschafts-, Liege- und Sanitätsräume müssen eine Sichtverbindung nach außen haben. Dazu kommt, dass es in der Hausdruckerei kein Fenster zum Öffnen gibt, was aber sofort ohne größere Kosten änderbar ist!“

Herr **Nitzsche** erklärt, die Verwaltung habe sich 2010 sehr intensiv mit dem Thema beschäftigt, wie sich die Hausdruckerei im allgemeinen Wettbewerb darstelle. Einzelne Druckaufträge müsse man nach außen vergeben, da die Hausdruckerei vom Gerätepark her diese nicht erledigen könne. Die Fachbereiche seien angehalten, Preise und Qualität zu vergleichen. Man habe nicht nur den Produktbereich, sondern auch die Kosten geprüft. Bei der Ausschreibung habe man sehr großen Wert darauf gelegt, dass bestimmte Zertifikate, wie Geräuschemission, Energie oder sonstige Schadstoffbelastungen eingehalten worden seien. Was die Geräteemission angehe, sei man sich sicher, dass keine Richtlinien nach der Arbeitsstättenverordnung überschritten werden. Der Standort sei im östlichen Teil vorgesehen gewesen und ist in die Gebäudemitte gelandet. Bezüglich der Belichtung sei in der westlichen Wand eine indirekte Belichtung gegeben. Mit dem Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft werde man prüfen, wie weit der Einbau eines Fensters vorgesehen sei.

Im Anschluss lässt OBM **Spec** über die Vorl.Nr. 051/12 abstimmen.

TOP 3

D 115 Bürgertelefon
- Antrag der CDU-Fraktion vom 23.01.2012

Vorl.Nr. 023/12

Beratungsverlauf:

Stadträtin **Kreiser** erläutert den Antrag mit der Vorl.Nr. 023/12. Es gehe um Strukturoptimierung und um eine langfristige Lösung. Insbesondere sollte das Bürgertelefon interkommunal betrieben werden. Die CDU-Fraktion bittet um Mitteilung, welchen Standpunkt die Stadtverwaltung Ludwigsburg vertrete.

Herr **Nitzsche** (FB Organisation und Personal) erklärt, dass das Bürgertelefon mit einer einheitlichen Behördenrufnummer ein sehr gute Idee sei. Sie soll flächendeckend alle Behörden

erfassen. Was Ludwigsburg angehe, benötigt man zum einen gut aufgebaute technische Infrastruktur und zum anderen einen Businessplan. Sobald ein Konzept vorliegt, werde man erneut auf das Gremium zukommen.

TOP 4 Elektromobilität; Bericht über
Modellregionenprojekt "Elektromobile
Stadtverwaltung" und Ausblick auf künftige
Schwerpunkte und Aktivitäten

Beratungsverlauf:

Frau **Breining** (FB Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) berichtet über das abgeschlossene Projekt „Elektromobilität vernetzt nachhaltig“. Sie geht hierbei auf die Projektorganisation und Öffentlichkeitsarbeit ein. Weiter zeigt sie anhand einer Präsentation (siehe Anlage 1 zum Protokoll) die Eindrücke der Veranstaltungen, welche sehr gut angenommen wurden.

Herr **Klausmann** (Frauenhofer IAO) stellt anhand einer Präsentation (siehe Anlage 1 zum Protokoll) die Umweltbilanz von Elektrofahrzeugen dar. Hierbei geht er insbesondere auf den Stromverbrauch und auf die Kosten der Elektrofahrzeuge ein. Die Auswertungen erläuternd, merkt Herr Klausmann an, dass die Elektrofahrzeuge in Ludwigsburg für Stadtfahrten sehr gut geeignet sind. Hierfür habe man die Elektrofahrzeuge in ihrer Alltagstauglichkeit getestet, indem diese den Nutzern zur Verfügung gestellt wurden.

OBM **Spec** erwähnt, dass dies ein erster Echttest in einem Fuhrpark mit unterschiedlichen Elektrofahrzeugen gewesen sei. Die neuen Antriebsformen seien eine angenehme Alternative. In Abstimmung mit dem Fuhrparkleiter habe man sich dahingehend verständigt, dass es sich generell anbieten würde, ein konsequenteres Fahrzeugmanagementsystem anzuschaffen, um die Auslastung der Fahrzeuge zu optimieren.

Herr **Dienelt** (FB Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) stellt die Projekte in Anbahnung bzw. eingereichte unverbindliche Projektanträge vor (siehe Anlage 1 zum Protokoll). Hierbei geht er auf die in der Anlage aufgeführten Bereiche Bahnhof, Innerstädtischer Lieferverkehr und „Ludwigsburg vernetzt nachhaltig“ ein.

Auf das Projekt eingehend, erklärt Stadträtin **Kreiser** die Öffentlichkeitsbeteiligung sei sehr wichtig und hebt den Testparcour hierzu heraus. Bei der „Elektromobilen Stadtverwaltung“ sieht Stadträtin Kreiser die Verwaltung in der Vorreiterrolle. Der Bahnhof solle nicht nur als Ort der Vernetzung gestaltet werden, sondern auch als Wohlfühlort. Auch wenn 95% der Dienstfahrten mit einem Elektrofahrzeug abgedeckt werden könnte, bleiben die Anschaffungskosten nach wie vor enorm.

Stadträtin **Schittenhelm** hebt die Öffentlichkeitsarbeit hervor. Ebenso seien die Informationen zur Wirtschaftlichkeit sehr deutlich und Nachvollziehbar dargestellt worden. Im Rahmen „Sicherheit am Bahnhof“ habe sie in der Projektgruppe viele Gespräche geführt, welche zu keinem Ergebnis geführt haben. Freuen würde sich ihre Fraktion, wenn sich in dem Rahmen etwas bewege und sagt die Unterstützung zu.

Auf den „Elektromobilen Jahresauftakt“ in der Weststadt eingehend, stimmt Stadtrat Dr. **Vierling** OBM Spec zu, dass sich das Mobilitätsverhalten der Menschen grundsätzlich ändern müsse. In diesem Zusammenhang habe er den Eindruck, dass die Projektpläne wie Elektromobil, der Verwaltung, für Ludwigsburg einiges bewirken könnten. Um den Bahnhof für die Öffentlichkeit Attraktiver zu gestalten, müsste der Bahnhof einladend und nicht abschreckend sein. Stadtrat Dr. Vierling vertritt die Meinung, dass bei der derzeitigen Frequentierung, benötigt der Bahnhof einen

zweiten Fußgängerdurchstich unter den Gleisen auf der Höhe des Busbahnhofs. Auf Ausführungen von Herrn Klausmann, dass Ludwigsburg zu 100% Ökostrom beziehe, fragt Stadtrat Dr. Vierling nach, wie sich dies tatsächlich darstellen würde.

Stadtrat **Weiss** merkt an, die Verwaltung habe es sehr gut geschafft, die elektromobile Stadtverwaltung im ersten Stadium, umzusetzen. Bei den PKW und den Nutzfahrzeugen stelle sich die Frage der Nutzungsdauer der einzelnen Fahrzeuge. Sorge habe er dahingehend, dass nicht klar sei, ob Elektroautos tatsächlich die Zukunft sind. Genauso gut könne die Zukunft im Wasserstoff liegen. Er vertrete die Meinung, dass Ludwigsburg das Modell als Vorzeigemodell in der Region weiterhin fortführen solle, stellt aber auch seinen Standpunkt dar, in dem er deutlich macht, dass es nicht die sichere Zukunft sei.

Stadtrat **Müller** schließt sich den lobenden Worten seiner Vorredners an. Gut fände er, wenn sich am Bahnhof etwas bewegen würde. Hervorheben möchte er die Fuhrparkoptimierung und führt als Beispiel die interkommunale Verwaltung auf. Das Thema sei sehr gut für Ludwigsburg und es sei wünschenswert, dass auch die traditionellen Automobilzulieferer in der Lage sind, an dem zukünftigen Markt zu partizipieren.

OBM **Spec** erklärt, im Sinne von nachhaltiger Mobilität müsse man bewirken, dass möglichst flächendeckend ein Umdenken stattfinden müsse. Was den Bahnhof angehe, so möchte man mit allen Beteiligten den Versuch unternehmen, nicht nur Defizite zu reduzieren, sondern Anziehendes zu gestalten. Die Rahmenbedingungen seien mit der Radstation (auch mit Pedelecs), der Autovermietung und dem städtischen Parkhaus gegeben. Das Thema Ökostrom werde im Strombezug nochmals separat erläutert.

Weiter geht Herr **Dienelt** auf die Vernetzung der Firmen in der Weststadt ein. Hier sei ein runder Tisch geplant. Es habe sich bereits ein Arbeitskreis E-Mobilität gebildet. Auf die Kooperation mit anderen Kommunen eingehend, merkt Herr Dienelt an, dass dies mit zu dem Thema Citylogistik gehöre.

Herr **Klausmann** geht nochmals auf die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung ein. Man habe auf Basis von Referenzfahrzeugen gerechnet, welche dem Fuhrpark von Ludwigsburg am nächsten kommen. Die Analyse zeige, dass eine Wirtschaftlichkeit durchaus machbar sei, und stellt Betriebskosten und Anschaffungskosten gegenüber. Im Fuhrparkmanagement gebe es Potenzial und man müsse kritisch prüfen, ob sich nicht doch ein Elektrofahrzeug rechnen würde.